

Haushaltsrede 2009
Norbert Reyans
CDU-Fraktion
(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen.

Mein Gruß gilt am heutigen Abend auch den Zuhörern und natürlich der Presse.

Meine Damen und Herren,

der erste NKF Haushalt steht heute zur Verabschiedung an, doch bevor ich auf den Haushalt im Einzelnen eingehe, einige allgemeine Ausführungen zur Situation, in der wir diesen Haushalt 2009 diskutieren und verabschieden werden.

Begriffe wie Banken- und Wirtschaftskrise, Rezession und Konjunkturpaket prägen unseren Alltag.

Die wirtschaftliche Lage in Deutschland, Europa, ja der Welt ist alles andere als gut. Eine Hiobsbotschaft jagt die andere. Die Arbeitslosenzahlen steigen und werden zurzeit etwas aufgefangen dadurch, dass die Betriebe Kurzarbeit angemeldet haben.

In Deutschland hat der Bundestag das Konjunkturpaket II verabschiedet. Und das Land erhält aus dem Konjunkturpaket 2,84 Mrd. Euro und leitet hiervon ca. 84 % an die Kommunen weiter. Der Kreis Heinsberg wird voraussichtlich Fördermittel in Höhe von 6.451.612 Euro erhalten. Diese Summe teilt sich auf in den Investitionsschwerpunkt Infrastruktur mit 2.308.205 Euro und den Bereich Investitionsschwerpunkt Bildung mit 4.143.416 Euro.

In der Sondersitzung des Kreistages am 17.02.09 haben wir ja aufgrund des Konjunkturpaketes II entsprechende Beschlüsse gefasst.

Viele dieser Investitionen sind für den Bereich Bildung vorgesehen und damit mehr als gut angelegtes Geld für die jungen Menschen in unserem Kreis, denn eine gute Ausbildung ist nun einmal die Grundlage für eine gute Zukunft. Und wir sehen in diesen Maßnahmen, die nun von Land und Bund noch einmal zusätzlich gefördert werden, die Fortsetzung einer erfolgreichen Politik der letzten Jahre im Kreis Heinsberg.

Und es erfreut uns umso mehr, wenn auch aus dem Munde anderer Parteien, in diesem Fall von Bündnis90/Die Grünen, festgestellt wird, dass die kreiseigenen Schulen *top in Schuss* seien. Da kann man mal sehen, dass absolute Mehrheiten nicht den Fortschritt behindern, sondern erst ermöglichen.

Im Übrigen „bayrische Verhältnisse“, wie Sie sie im Kreis anstreben Frau Meurer, bedeuten eine Koalition von CSU und FDP. Bündnis90/ Die Grünen kommen in der bayrischen Landesregierung nicht vor. Und die CDU im Kreis Heinsberg strebt für den nächsten Kreistag wieder eine absolute Mehrheit an, weil diese dem Fortschritt dienlich ist und vor allem den Menschen in unserem Kreis dient.

Bleiben wir bei dem Thema Bildung und einer weiteren erfreulichen Entwicklung. Ab dem Wintersemester 2010/2011 wird der Studiengang Schienenfahrzeugtechnik in Wildenrath eingerichtet. Hierzu war in der Mass-Rhein Zeitung vom 12.01.09 zu lesen: Der FH-Rektor dankt Landrat Stephan Pusch für die aktive Unterstützung. Schulte-Zurhausen: „Das persönliche Engagement von Landrat Stephan Pusch hat mit dazu beigetragen, dass vom Ausbau der Fachhochschullandschaft in NRW auch unsere Fachhochschule und der Kreis Heinsberg profitieren.“

Herr Landrat die CDU-Fraktion dankt Ihnen noch einmal ganz herzlich für dieses Engagement.

Das Thema Bildung ist auch in einem anderen Zusammenhang von großer Bedeutung. Der gemeinsame Antrag zur bildungspolitischen Offensive gegen extremistische Gruppierungen hat erfreulicherweise im vorliegenden Haushalt mit einem Betrag von 25.000 Euro seinen Niederschlag gefunden. Die jüngsten Ereignisse in Randerath zeigen, dass wir die Entwicklung nicht unterschätzen dürfen. In diesem Zusammenhang möchte ich auf einen Artikel der FAZ vom 17.03.09 aufmerksam machen, der die Ergebnisse einer Studie zum Thema Jugendgewalt des Bundesinnenministeriums bei Fünfzehnjährigen beleuchtet.

In diesem Artikel der FAZ heißt es: *Die deutschen Jugendlichen wurden auch nach ihrer Mitgliedschaft in einer rechtsextremen Gruppierung oder Kameradschaft befragt. Dabei trat ein alarmierendes Ergebnis zutage: Der Anteil der Jungen, die Mitglied einer rechtsextremen Gruppe oder Kameradschaft sind (4,9 Prozent) ist genauso hoch wie der Anteil, die sich in einer sozialen Organisation (etwa Rotes Kreuz oder Technisches Hilfswerk) oder in einer politischen Partei engagieren. ... (Quelle www.faz.net)*

Solche Erkenntnisse gilt es nicht zu unterschätzen und deshalb sind wir froh, dass die Schulen im Kreis Heinsberg sich diesem Thema mit annehmen. Und auch die Arbeitsgruppe Bildung der AG Grenzland, die einen Schwerpunkt ihrer Arbeit in der Unterstützung unseres Beschlusses zur politischen Bildungsoffensive gegen extremistische Parteien sieht.

Hier wollen niederländische und deutsche Schulen zusammen agieren und dabei sind vor allem Projekte und Maßnahmen vorgesehen, die deutlich Position gegen fremdenfeindliche Diskriminierung und extremistische Gewalt beziehen.

Als Kreis haben wir sicherlich auch im Bereich der Offenen Jugendarbeit an dieser Stelle mit den Städten und Gemeinden, die zum Jugendamtsbezirk des Kreises gehören, ein deutliches Zeichen gesetzt, in dem die Mittel hier auf gut 580.000 Euro erhöht worden sind.

Und ich nehme an dieser Stelle auch ausdrücklich die Kreismusikschule, die in diesem Jahr ihr 40 jähriges Bestehen feiert, mit in den Bereich der Bildung hinein. Hier erfahren viele junge Menschen eine Anleitung zu einer sinnvollen Freizeitgestaltung.

Diese aufgezeigten Maßnahmen unterstreichen sehr deutlich, dass wir neben der guten Infrastruktur im Bereich Schulen und Bildung, auch inhaltlich, da wo wir dies als Kreis können, Unterstützung leisten. Dieses Geld ist sehr gut angelegt, weil es um die Zukunft unserer Kinder und damit auch unserer Gesellschaft geht. Wenn man es mit einem Schlagwort sagen will, ist diese Politik eine Politik der Nachhaltigkeit zum Wohle unseres Kreises.

Der Begriff der Bildung ist umfassend und lässt sich nur an einigen Beispielen exemplarisch behandeln. Schulen, Kindertagesstätten, das Jugendamt, die Volkshochschule oder auch die Kreismusikschule und viele mehr haben den Auftrag zur Bildung. Dabei gilt es vor allem den jungen Menschen Werte zu vermitteln, die dazu führen, dass sie ein eignes Leben mit ausreichendem Selbstwert führen können.

Uns allen sind die Bilder von Winnenden noch vor Augen, wo 16 Menschen starben. Und die Frage nach dem Warum?

Bildung und Wertevermittlung können nicht früh genug beginnen. In NRW werden alleine im Jahre 2009 über 1,2 Milliarden Euro für die frühkindliche Bildung im Haushalt veranschlagt. In diesem Zusammenhang darf ich noch einmal an die Einführung des KiBiz erinnern; was wurde nicht alles kritisiert und nun kann man durchaus sagen KiBiz ist ein Erfolg.

Im Jugendhilfeausschuss am vergangenen Dienstag wurde noch einmal deutlich, dass qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht zu bekommen sind, weil, wie sagt man so schön, der Markt leer gefegt ist. KiBiz schafft also Arbeitsplätze, dies gilt es einmal deutlich zu sagen.

Ein wichtiger Kernpunkt des KiBiz ist der Ausbau der U3-Betreuung. Auf der Grundlage der Bund-Länder-Vereinbarung und des Kinderförderungsgesetzes soll ab dem Jahr 2013 der Rechtsanspruch für Kinder im Alter von 1-3 Jahren gewährleistet werden.

Der Jugendhilfeausschuss hat in seiner Sitzung am 27.10.08 das Ausbauprogramm für die Tageseinrichtungen für Kinder beschlossen. Bis zum Kindergartenjahr 2012/2013 sollen 567 Plätze für Kinder unter 3 Jahren mit einem Rechtsanspruch geschaffen werden. Dies würde einer Versorgungsquote von 35% entsprechen. Diese Zahlen verdeutlichen, dass wir schon im Kindergartenjahr 2012/2013 und damit ein Jahr früher als vorgesehen die entsprechenden gesetzlichen Zahlen für einen Rechtsanspruch bei der U3-Betreuung erreichen werden.

Erfreulich ist auch, dass sich alle Träger am Ausbauprogramm beteiligen, es wurden 19 Anträge auf Investitionsförderung für Neu-, Aus- und Umbaumaßnahmen eingereicht. Das beantragte Fördervolumen für 2009 beläuft sich auf 1,3 Mio. Euro, dies sind 90% der Gesamtkosten.

Diese Entwicklung zeigt, dass wir entsprechend unserem Leitbild auf einem guten Weg sind hin zu einem familienfreundlichen Kreis, in dem sich junge Familien gerne ansiedeln. Und zudem leisten wie hier auch unseren Beitrag, wenn es um das Thema Vereinbarkeit von Beruf und Familie geht.

Bleiben wir beim Jugendamt. So ist im Bereich der Hilfe und Erziehung eine erhebliche Kostensteigerung zu verzeichnen, alleine bei der Heimunterbringung für Minderjährige sind 3 Mio. Euro veranschlagt. Das ist ein Plus von 1,3 Mio. Euro gegenüber 2008. Im Bereich der Vollzeitpflege für Minderjährige verzeichnen wir Ausgaben von 1,15 Mio. Euro und bei der Familienhilfe 2 Mio. Euro. Wir hoffen, dass die damit verbundenen Maßnahmen und Hilfen den betroffenen Menschen neue und bessere Perspektiven eröffnen.

Meine Damen und Herren,

der Hebesatz für das Kreisjugendamt steigt 2009 auf 16,641% in Euro ausgedrückt von 15,3 Mio. auf 17,06 Mio. Euro.

Diese Zahlen belegen sehr deutlich, wie groß die Anstrengungen sind und vermutlich auch in Zukunft sein werden, Kindern, Jugendlichen und den Familien bei der Bewältigung ihres Alltags, da wo es nötig ist, zur Seite zu stehen.

Damit sie mutig und zuversichtlich die Zukunft in die Hand nehmen können. Unsere Gesellschaft ist noch einige Schritte davon entfernt eine kinder- und familienfreundliche Gesellschaft zu sein, wir müssen mit unseren Möglichkeiten im Kreis Heinsberg mit dafür Sorge tragen, dass dies mehr und mehr geschieht.

Bildung, Schulentwicklungsplan, ÖPNV, Mobilität im Alter, „Älter werden im Kreis Heinsberg“, Entwicklungen im Bereich der Kindertagesstätten und vieles mehr kann man losgelöst für sich sehen. Man kann diese Entwicklungen aber auch noch einmal durch die Brille der demographischen Entwicklung im Kreis Heinsberg betrachten.

Die Arbeitsgemeinschaft der Senioreninitiativen im Kreis Heinsberg hat allen Parteien ein Gespräch angeboten, wo es darum gehen sollte, welche Formen möglich sind, die ältere Generation stärker am politischen Leben teilhaben zu lassen.

Die CDU-Kreistagsfraktion hat dieses Angebot gerne aufgenommen und in sehr fruchtbaren Gesprächen wurden die verschiedensten Aspekte einer solchen Beteiligung und auch die unterschiedlichen Positionen miteinander diskutiert.

Und ich freue mich Ihnen heute mitteilen zu können, dass wir einen Antrag in den Kreisausschuss im Juni einbringen werden, der vorsieht in der nächsten Legislaturperiode einen Beirat einzurichten, der den Senioren im Prozess der politisch-gesellschaftlichen Entscheidung eine Stimme gibt und den Brückenschlag zur jüngeren Generation fördert. Und der auch Anregungen und Forderungen der Senioren, sowie demographische Problemstellungen der verschiedensten Gruppierungen in unserer Gesellschaft bündelt und den parlamentarischen Entscheidungsgremien vorträgt. Dabei wären z.B. bei den Senioren sicherlich die sozialen Fähigkeiten auf Grund ihrer Lebens- und Berufserfahrung von hohem Nutzen, den sie in das gesellschaftliche Leben mit einbringen können.

Welche Dynamik in diesem Bereich steckt, sehen wir auch an dem Projekt „Sicher mobil!“, wo es um ein kommunales Mobilitätsmanagement für Senioren geht. Und es ist erfreulich, dass die Region „Der Selfkant“ und der Kreis Heinsberg für dieses Projekt in den vergangenen Tagen vom Netzwerk „Verkehrssichere, Städte und Gemeinden im Rheinland“ ausgezeichnet wurden.

In diesem Zusammenhang wurde auch noch einmal die Einführung des Multibusses positiv herausgestellt. Die CDU sieht sich darin bestätigt, den eingeschlagenen Weg im Bereich des ÖPNV Schritt für Schritt fortzusetzen. Unter diesem Aspekt ist auch unser Prüfantrag, den wir im Ausschuss für Umwelt und Verkehr zur Ausweitung der Einsatzzeiten für den Multibus am Abend zum Wochenende eingebracht haben, zu sehen. Eine mögliche Erweiterung des Multibusses in den Abendstunden würde vermutlich auch der älteren Generation einen Nutzen bringen. Dabei reden wir nicht von einem Discobus, sondern wir suchen eine

Lösung, die wenn man so will, die auch den demographischen Aspekt in ein solches Konzept berücksichtigt.

Dabei möchte ich an dieser Stelle betonen, dass die CDU die Weiterentwicklung im Bereich des ÖPNV auch immer wieder von der Akzeptanz und den finanziellen Auswirkungen abhängig macht.

Das Defizit im ÖPNV hat sich erfreulicherweise auch in diesem Jahr noch einmal verringert und wird mit ca. 5 Mio. Euro. veranschlagt. Diesem Defizit stehen auch im Jahre 2009 entsprechende Gewinnausschüttungen aus der Stromsparte gegenüber.

Meine Damen und Herren,

ich habe die Begriffe Zukunft und Nachhaltigkeit in meinen Ausführungen mehrmals benannt. Wir sprechen über Klimawandel und CO2 Reduzierung. Auch hier konnten wir in den vergangenen Wochen Akzente setzen.

Gemeinsam mit der Partei Bündnis 90/Die Grünen haben wir mehrere Anträge auf den Weg gebracht, die nicht nur politisch von einem guten Klima getragen sind, sondern auch ein Beitrag zu Klimaverbesserung im Sinne der CO2 Reduzierung darstellen.

Ich erinnere hier an jüngste Entscheidung im Bauausschuss zu den Photovoltaikanlagen auf kreiseigenen Dächern und die Möglichkeit der Bürger, sich hieran zu beteiligen.

Und nicht zuletzt an den Antrag zu energetischen Maßnahmen im Kreishaus z.B. bei der Erneuerung der Heizungsanlage im Kreishaus alle Möglichkeiten auszuschöpfen und regenerative Energien zu nutzen.

Meine Damen und Herren,

in den Ausführungen zu Anfang habe ich auf die Finanzkrise und ihre Auswirkungen auf die Wirtschaft verwiesen. Finanz- und Wirtschaftskrise haben aber auch massive Auswirkungen auf den Bereich Soziales in unserem Haushalt.

Es ist wohl ohne Zweifel, dass die Arbeitslosenzahlen erheblich steigen werden. Es kommt nun in erheblichem Maße darauf an, wie schnell der Konjunkturmotor wieder anspringt und Aufträge und damit Arbeit, Lohn für die Menschen in unserem Land bringt.

Alleine im sozialen Bereich sind Mehrausgaben gegenüber 2008 von 6,6 Mio. Euro eingeplant und hierbei sind die Auswirkungen der Wirtschaftskrise noch nicht einmal im vollen Maße mit berücksichtigt.

Ich möchte Ihr Augenmerk einmal auf die Bedarfsgemeinschaften lenken. Von 2006 bis 2008 gab es hier einen Rückgang von 17%. Dennoch sind die Gesamtaufwendungen für die Kosten der Unterkunft und Heizung in diesem Zeitraum nahezu gleich geblieben. Die Kosten lagen 2006 bei 34,6 Mio. Euro und das Rechnungsergebnis 2008 liegt bei 34,7 Mio. Euro. Diese ist darauf zurückzuführen, dass die laufenden Kosten je Bedarfsgemeinschaft im Jahr 2006 unter 300 Euro lagen, mittlerweile aber einen Schnitt von 350 Euro erreicht haben. Gründe hierfür sind zum einen gestiegene Energiekosten und eine bürgerfreundliche Rechtsprechung der Sozialgerichte. Diese Entwicklung führt dazu, dass für 2009 ein um 2 Mio. Euro höherer Betrag veranschlagt werden muss. Diese Zahlen berücksichtigen noch

nicht den eventuellen Anstieg der aufgrund der aktuellen Wirtschaftslage zu einer zusätzlichen Verschlechterung führen kann. Dieser Bereich ist und bleibt für den Haushalt des Kreises mit einem hohen Risiko behaftet.

Mit dazu beigetragen hat aber auch, dass der Bund sich an den kommunalen Kosten für Unterkunft und Heizung nur noch mit einem Anteil von 25,4% im Jahre 2009 beteiligt, im Jahre 2008 waren es noch 28,6 %.

In diesem Zusammenhang bleibt die Situation für die ARGEn auch weiterhin ungelöst. Wir hoffen, dass es hier doch noch zu einer Einigung der verschiedenen Verhandlungspartner kommen wird.

Meine Damen und Herren,

alle Jahre wieder, nicht dass wir schon Weihnachten hätten und wir bekommen auch nichts geschenkt, das Gegenteil ist mal wieder der Fall. Die Landschaftsumlage erhöht sich auch in diesem Jahr.

Die Kreisschlüsselzuweisungen sind in diesem Jahr auf einem historischen Höchststand von rd. 29,6 Mio. Euro gestiegen, 2008 waren es noch 27 Mio. Euro.

Doch die Freude über dieses Mehr von 2,5 Mio. Euro währt nur kurz, denn die Landschaftsumlage steigt in diesem Jahr um sage und schreibe 2,9 Mio. Euro.

Natürlich wird man nun wieder sagen, wieso regen Sie sich auf, der Prozentsatz bleibt doch unverändert gegenüber 2008 bei 15,85 Prozentpunkte, das stimmt. Aber die Umlagegrundlagen sind auf nunmehr 294 Mio. Euro angestiegen. Der Kreis Heinsberg zahlt über 46 Mio. Euro 2009 an den Landschaftsverband. Liebe Kolleginnen und Kollegen aus den Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP, es wird Zeit, dass Sie Ihren Parteifreundinnen und Parteifreunden ins Gewissen reden.

Wir versuchen den Städten und Gemeinden im Kreis Heinsberg an vielen Stellen entgegenzukommen und sie zu entlasten, um die finanziellen Spielräume zu erhalten und der Landschaftsverband tut so als ging ihm das alles nichts an.

Der Kreis Heinsberg hat in den Jahren von 2000 bis 2007 die Kommunen im Kreis um ca. 17. Mio. Euro entlastet und auch in diesem Jahr ist es gelungen den Kreisumlagebedarf unter 108 Mio. Euro zu halten, auch wenn dies zu einem großen Teil durch Einmaleffekte möglich wurde, wir haben es gemacht und das ist kommunalfreundliche Politik.

Es kann nicht sein, dass Sie hier im Kreistag über die Verschuldung des Kreises klagen und diesen womöglich deshalb ablehnen, während Ihre Parteikolleginnen und Parteikollegen im Landschaftsverband einen solchen Haushalt verabschieden.

Gerne nehme ich noch einmal die Zahlen der Pro-Kopf-Verschuldung, die der Landrat in seiner Rede zur Einbringung des Haushaltes genannt hat, auf. Diese Zahlen machen sehr deutlich, dass wir im Kreis Heinsberg mit dem Geld sehr wohl gut umgehen können. So liegt die Pro-Kopf-Verschuldung im Kreis Heinsberg bei 130.- Euro, während wir im landesweiten Durchschnitt von 1800.- Euro Pro-Kopf Verschuldung sprechen.

Und nicht nur die Zahlen sprechen eine eindeutige Sprache auch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW sah in ihrem letzten Prüfungsbericht keinen unmittelbaren Handlungsbedarf.

Diese von mir genannten Zahlen und die Aussagen der Gemeindeprüfungsanstalt klingen gut, aber sie werden uns nicht dazu veranlassen, die Zügel schleifen zu lassen. Wir werden daher, wie bisher die Entwicklungen sehr genau im Blick behalten, und die Investitionen vor ihrer Realisierung auf ihre Notwendigkeit hin untersuchen, damit auch die Kreditbelastungen vertretbar bleiben.

Es gilt aber gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten beides im Blick zu haben, die Schulden auf der einen Seite und die Aufgabe der öffentlichen Hand, Investitionen zu tätigen, die der Wirtschaft das Überleben ermöglicht und den Menschen Arbeitsplätze sichert.

Schwerpunkte zukünftiger Investitionen liegen vor allem im Straßenbau. Hier sind zu nennen die EK 5 Haaren-Kirchhoven-Lieck-Heinsberg, sowie verschiedenste Baumaßnahmen, die im Zusammenhang mit der B56n stehen, und Investitionen im Bereich der Abfallwirtschaft.

Ich weiß, dass der Bau von Straßen bei mancher Fraktion Bauchschmerzen verursacht. Wer aber das Leitbild des Kreises Heinsberg zum Ausgangspunkt und Richtschnur seines politischen Handelns macht, kann den Punkt Entwicklung der Verkehrswege als Zukunftsfaktor nicht einfach ausklammern.

Meine Damen und Herren, am Ende meiner Ausführungen möchte ich an dieser Stelle aus dem Vorbericht zum Haushaltsplan zitieren. Dort heißt es unter 10. Bewertung der Haushaltslage: *„Rund 95% der Ausgaben sind vom Kreis nicht beeinflussbar. Seit Jahren sind gerade in diesen nicht beeinflussbaren Aufgabengebieten überdurchschnittliche Aufwandsteigerungen zu verzeichnen. Hier ist vor allem die überdurchschnittliche Steigerung in den sozialen Bereichen zu nennen.“*

Diese Tatsache hat mich sehr geärgert, und könnte einen Kommunalpolitiker eigentlich dazu bringen, auf die restlichen fünf Prozent, auf die wir angeblichen Einfluss haben, auch noch abzugeben. Aber ich sehe hierin auch eine Herausforderung und Aufgabe durch unser kommunalpolitisches Engagement wieder mehr Gestaltungsspielraum für die Kommunalpolitik zurückzugewinnen und den 95% den Kampf anzusagen. Denn Kommunaleselbstverwaltung ist ein wichtiges Element in unserem demokratischen Staat und die sollten wir nicht kampflös aufgeben.

Meine Damen und Herren,

politische Entscheidungen sind nicht immer einfach; es Bedarf vieler Überlegungen und es gilt Sachargumente in einem Für und Wider abzuwägen. Dabei müssen wir uns hier im Hause bei den zu treffenden Entscheidungen auch nicht immer einig sein.

Aber bei einer Gruppierung in unserem Hause frage ich mich zusehends, ob Sachpolitik im Vordergrund des Handelns steht oder nur Populismus und die Sorge noch einmal in den Kreistag gewählt zu werden.

Wer mit ansehen muss, wie Sie Politik im Kreistag als UB betreiben, Herr Schreinemacher, fragt sich, nach welchen Grundsätzen und Kriterien Sie politische Entscheidungen treffen.

Jüngstes Beispiel war Ihr Antrag zum Ehrenamtspaß, den Sie kurzer Hand in der Sitzung zurückgezogen haben, ohne die SPD, die diesen Antrag mit unterstützt hat, zu informieren. Was ist das für ein Stil?

Oder Sie beschäftigen die Verwaltung und alle übrigen Mitglieder des Kreistages mit einer Anfrage, wo es sich scheinbar um persönliche Fehden mit Ihren ehemaligen Fraktionskollegen handelt. Ich erinnere hier an die Anfrage zum Rauchverbot im Kreishaus.

Wenn das die bürgernahe Politik ist, die Sie unbedingt im nächsten Kreistag fortsetzen wollen, ist das mehr als dürftig.

Ich würde mir wünschen, dass Sie sich wirklich mit Themen beschäftigen, die den Menschen in unserem Kreis dienen und den Kreis wirklich voranbringen, und nicht mit solchen Parolen agitieren, dass absolute Mehrheiten demokratiefeindlich sind. Wie glauben Sie eigentlich, kommen solche Mehrheiten zu Stande.

Transparenz, sachorientierte nachvollziehbare Entscheidungen und Verlässlichkeit sind für meine Begriffe unabdingbar, damit auch die Kommunalpolitik glaubwürdig bleibt.

Meine Damen und Herren,

der erste NKF Haushalt wurde in diesem Jahr beraten und er war sicherlich gewöhnungsbedürftig. Es ist ein Erstlingswerk, das beim literarischen Quartett sicherlich auf Grund der vielen nüchternen Zahlen nicht als ein Werk angepriesen worden wäre, das man unbedingt einem Millionenpublikum erschließen muss.

Und auch wir haben uns an dieses Werk, an diesen Haushalt, mit vielen neuen Begrifflichkeiten herantasten müssen, weil er eben in einem anderen Gewand daher kam, als viele Jahre zuvor.

Unser ganz besonderer Dank gilt Herrn Schöpgens und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, aber auch den anderen Dezernenten des Hauses für die fachliche Begleitung bei Nachfragen zum Haushalt.

Es ist kein Geheimnis mehr, die CDU-Kreistagsfraktion wird diesem Haushalt 2009 zustimmen.

Die Legislaturperiode geht zu Ende und ich danke den Kolleginnen und Kollegen aller demokratischen Parteien und der Verwaltung für die gute Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!